



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/188

15. August 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die Chuzpe des Herrn Norden - Glosse	S.1
Ehrenerklärung für Carlo Schmid	S.2
Der diplomatische Krieg um Korea	S.3
Die Notlage der vertriebenen Hochschullehrer	S.5

## Eine Nordische Chuzpe

sp. Es gibt gewisse Dinge, die können nur in gewissen Elementen leben; z.B. der Fisch im Wasser, die Akten im Staub, der Kommunist in der Chuzpe. Chuzpe war ursprünglich kein Element, aber die Kommunisten haben es zu ihrem Lebenselement gemacht, sonst hätten sie es nie so weit gebracht wie heute. Chuzpe ist einer der Begriffe, die man nur an Beispielen erläutern kann. Hier ein solches Beispiel:

Der Pressechef der ostzonalen Regierung, Albert Norden, hat, getreu der Lösung von Walter Ulbricht, den Kalten Krieg gegen die Bundesrepublik zu aktivieren, den Beitrag seines Ressorts geliefert. Er hat den westdeutschen Journalisten gedroht, dass sie eines Tages nicht als "politische Verbrecher", sondern wegen "Kriegshetze" als "Kriminelle" "hart, aber gerecht" bestraft würden. Die angekündigte Installierung von "Volks-Korrespondenten" in der Bundesrepublik dient in diesem Zusammenhang vermutlich dem Zweck, einem Aussterben des Journalismus diesseits der Elbe vorzubeugen, wenn es soweit ist, wie Herr Norden wünscht.

Damit ist die Chuzpe Nordens aber noch nicht vollständig. Am gleichen Tag, da Norden den westdeutschen Journalisten mit dem Strick drohte, wandten sich drei kommunistische Redakteure in Bonn an die von Norden so liebenswürdig bedachten westdeutschen Journalisten, nämlich den Deutschen Journalistenverband. Dieser Verband möge, so forderten

die drei Volkskorrespondenten, eine Protestaktion gegen das Verbot einer Reihe von KP-Zeitungen durch die Alliierten einleiten. Und um der Chuzpe die Krone aufzusetzen, beriefen sich die drei Journalisten dabei auf das Bonner Grundgesetz, das sie und ihr Chef Norden seit seinem Entstehen schärfstens bekämpfen.

Den Ungläubigen, die Nordens Ansichten anzweifeln und seine Drohung als eine facon de parler im Kalten Krieg betrachten, kann man nur mit einem geflügelten Wort aus der französischen Revolutionszeit antworten: "Lacht nicht, er glaubt wirklich, was er sagt". Und den drei Journalisten, die da zu Unrecht ihr vermeintliches Recht suchen, kann man nur sagen: Sagt nicht, was ihr wirklich glaubt, denn wir lachen in jedem Fall.

- - -

Ehrenerklärung für Carlo Schmid

Drei international bekannte und besonders angesehene Sozialisten haben im Zusammenhang mit gewissen Beschuldigungen gegen Prof. Carlo Schmid folgende Erklärung abgegeben:

Die Unterzeichneten, die Kenntnis genommen haben, dass bezüglich des Genossen Carlo Schmid während der deutschen Besetzung von Lüttich Zweifel entstanden sind, haben den Bericht über eine Tatsachen-Untersuchung geprüft, die der deutsche Parteivorstand angestellt hat. Sie sind der Meinung, dass dieser genaue und konkrete Bericht über die Tatsachen als einwandfrei betrachtet werden muss.

In der Erwägung, dass einerseits die Stellung eines Beamten eines angreifenden Staates im besetzten Gebiet immer schief und Mißdeutungen ausgesetzt ist, dass auf der anderen Seite nichts darüber bekannt ist, dass der Genosse Schmid diese Stellung mißbraucht hätte und dass schliesslich zahlreiche Beweise des Gegenteils vorliegen, sind die Unterzeichneten der Meinung, dass es keinen gerechtfertigteren Grund gibt, auf internationalem Boden dem Genossen Schmid den persönlichen Verkehr zu verweigern.

Gez. Hugh Dalton (Grossbritannien)  
 Finn Moe (Norwegen)  
 Van der Goes van Naters (Holland)

- - -

Diplomatischer Krieg um Korea

Von unserem Korrespondenten Hans Steinitz

H.St. Lake Success, Mitte August

Russlands Delegierter im Sicherheitsrat, Malik, hat mit seiner primitiven Taktik nicht nur den Delegierten Indiens entfremdet, sondern sich auch sonst isoliert und sich so verhalten, als wollte er sich, seiner Sache und seinen Freunden möglichst viel Schaden zufügen; es ist keine Frage, dass die Mehrheit der im Rat vertretenen Regierungen schon längst den Vertreter Rot-Chinas anstelle des Sprechers Tschiang-Kai-Scheks am Ratstische zugelassen hätte, hätte nicht Malik diese seine Forderung mit Drohungen und offenen Erpressungsmanövern begleitet, auf die alle anderen Regierungen mit Ablehnung reagierten. Dass Rot-China noch nicht in der UNO ist, hat es in erster Linie der russischen Taktik zu verdanken. Malik insistierte, diese Frage der Vertretung Chinas mit dem Konflikt in Korea zu verkuppeln - offensichtlich in der Absicht, erstens die amerikanische Haltung in Bezug auf die Insel Formosa zu kompromittieren und zweitens den Rat durch Dauerreden zu zweitklassigen und haarspalterischen Geschäftsordnungsfragen lahmzulegen, ihn von innen heraus zu torpedieren und jegliche sachliche Erörterung der Lage in Korea oder gar weitere Aktionen in der gleichen Frage unmöglich zu machen.

Dieses letztere Ziel hat er tadellos erreicht, wenn er auch dadurch einige so scharfe Äusserungen der Gegenseite hervorrief, wie sie selbst in der Geschichte der Nachkriegsdiplomatie bisher unbekannt waren. Dagegen ist ihm nicht gelungen, die Amerikaner von Formosa abzulenken oder gar durch diplomatische Winkelzüge den chinesischen Kommunisten die Annexion dieser letzten Bastion Tschiang-Kai-Scheks zu erleichtern. Am Tage des Überfalls Nord-Koreas auf Süd-Korea hatte die amerikanische Regierung zweierlei gemacht: erstens sofort die UNO alarmiert und zweitens einen amerikanischen Flottenverband, die 7. Flotte, als schützenden Wall zwischen Formosa und das chinesische Festland gelegt. Diese Zwangsneutralisierung Formosas hatte den Zweck, den koreanischen Konflikt lokalisiert zu halten und seine Ausdehnung auf das übrige Asien, womit zweifellos ein allgemeiner "grosser" Krieg ausgelöst worden wäre, zu verhindern.

Sieben Wochen lang ist den Amerikanern dieses Ziel auch sehr gut gelungen - aber sie spielten ein gefährliches Spiel, und es kann immer noch mißlingen. Wenn sich eines Tages doch die chinesischen Kommunisten zu einem Invasionsversuch Formosas entschliessen sollten, würde

es also einen Kampf mit der amerikanischen Flotte geben - und in diesem Kampf stünden die Amerikaner allein da, denn ihre Formosa-Politik wird ja nicht von der UNO gedeckt (wie die Aktion in Korea) und England hat Rot-China diplomatisch anerkannt und ist nicht bereit, zugunsten Tschiang-Kai-Scheks einzugreifen. Umgekehrt hat Mao-Tse-Tung aber einen Bündnisvertrag mit Moskau, und wenn er unter das Feuer der amerikanischen Flotte geräte, würde vermutlich der Kreml das als "Bündnisfall" ansehen und eingreifen... Formosa ist also zurzeit der wundeste Punkt im Fernen Osten. Tschiang-Kai-Schek hat zwar, um sich als wertvoller Bundesgenosse anzubieten, der UNO zwei Divisionen seiner Truppen für Korea zur Verfügung stellen wollen; allein Truman und Acheson waren weise genug, dieses Angebot, das bestimmt die chinesischen Kommunisten ihrerseits nach Korea gebracht hätte, abzulehnen. Immerhin hielt es Amerikas eigenwilliger Oberkommandierender McArthur für richtig, nach Formosa zu fliegen und dort mit dem Generalissimus zu "verhandeln", und Truman musste seinen bewährten Mitarbeiter Harriman hinterherschicken, um zu verhüten, dass der unberechenbare General ein Bündnis auf eigene Faust mit Tschiang-Kai-Schek zustande brachte. Truman und Acheson sind andererseits einem starken innenpolitischen Druck ausgesetzt, ihre bisherige Politik umzustürzen und doch Tschiang-Kai-Schek wieder, wie früher, mit Waffen und Munition zu versehen - da man nicht wissen könne, wie man ihn noch gebrauchen würde.

Dieser Gedanke, Bundesgenossen gegen die Sowjetunion zu nehmen, wo man sie nur finden kann, hat überhaupt in letzter Zeit in Amerika stark an Boden gewonnen und hat schon dazu geführt, dass der amerikanische Senat mit starker Mehrheit für einen Hundert-Millionen-Dollar-Kredit an Franco-Spanien gestimmt hat, während derartige Anträge bisher immer im Senat in der Minderheit geblieben waren. Nun ist zwar richtig, dass die Regierung Trumans, seit in Korea der erschreckende Grad der amerikanischen Abrüstung und Nicht-Rüstung offenbar geworden war, nicht nur mit Windeseile die eigene Wiederaufrüstung voranzutreiben sucht, sondern auch die Reihen ihrer Freunde und Verbündeten im Ausland nach Möglichkeit zu stärken sucht. Dazu gehört die Verdreifachung ihres Rüstungshilfs-Programms für die Atlantikpakt-Partner, das amerikanische Drängen auf deren eigene Aufrüstung, die Gerüchte von einer erneuten "Militarisierung" Westdeutschlands und Japans - und endlich das Empfinden, dass Spaniens ungewöhnlich günstige geographische Lage als Aufmarschfeld und Spaniens wohlgerüstete 20 Divisionen wohl eine Revision der bisherigen amerikanischen Spanienpolitik wert sind. Truman und Acheson haben sich eindeutig gegen die

Anleihe an den Caudillo ausgesprochen, aber die Stimmung im Kongress ist zur Zeit so, dass ihre Warnungen sowie die Proteste der Gewerkschaften und zahlreicher linksstehender Organisationen ungehört verhallen mögen. Das letzte Wort ist zwar noch nicht gesprochen, und auch ein Ausgleich in der Form, dass neben Franco auch Tito Gelder aus dem amerikanischen Tresor (und Waffen aus dem amerikanischen Arsenal) bekommen würde, ist durchaus denkbar.

Die nächste Tagung des Atlantikrates (Anfang September in New York) wird zeigen, ob eine Einbeziehung Francos und Tschiang-Kaischeks wirklich als Stärkung der demokratischen Friedensfront angesehen werden kann - etliche Zweifel sind daran wohl erlaubt - und bis dahin wird man auch wissen, ob die russischen Spreng-Manöver in der UNO und die russischen Drohungen in Richtung auf Formosa irgend ein Ergebnis gehabt haben werden. Vorläufig hat Moskau in diesem diplomatischen Ringen noch keine grossen Erfolge erzielt, und der Kampf ist noch unentschieden. Aber jeder Tag und jede Stunde kann dieses Bild schnell ändern.

#### Raubbau an Persönlichkeiten

##### Die Notlage der vertriebenen Hochschullehrer

Fünf Jahre nach Kriegsende ist die Situation eines Personenkreises auswegloser denn je. Nach anfänglicher Beachtung seiner ganz besonders gelagerten Probleme ist man inzwischen eilig zur Tagesordnung übergegangen und hat sich nur wenig um die schwachen Hilferufe gekümmert, die ab und zu an die Öffentlichkeit drangen.

Es handelt sich um die Notlage der vertriebenen Hochschullehrer in Westdeutschland. Sie kommen aus den ehemals deutschen Ostgebieten - von den alten Universitäten in Königsberg, Breslau, Prag oder Posen - aus der Ostzone, aber auch aus dem Westen (Strassburg) und aus Österreich. Ihre Zahl wird auf fünf- bis sechshundert geschätzt, ein verschwindend geringer Bruchteil also aus der grossen Masse derer, die heute in bitterer Not zu leben haben.

Gerade ihrer verhältnismässig geringen Anzahl wegen sollte es nicht allzu schwierig sein, den vertriebenen Professoren und Dozenten zu helfen. Und wenn man bedenkt, dass die Hochschullehrer mit ihren Familien oft von weniger als 100 DM Unterstützung zu leben haben, noch dazu auf dem Lande, wo ihnen jegliche Möglichkeit zu einer gewissen Nebenarbeit fehlt, wird man erkennen, dass in wenigen Jahren die meisten für immer vom Lehramt entfremdet sein werden, sofern man sie nicht wieder an fruchtbare geistige Arbeit heranzuführt.

Natürlich wird es - auch auf lange Sicht gesehen - unmöglich bleiben ihnen allen wieder Professuren an westdeutschen Hochschulen zu verschaffen. Von den rund zweitausend vorhandenen Lehrstühlen ist bereits ein Zehntel mit vertriebenen Lehrkräften besetzt, und man darf kaum hoffen, dass sich dieser Anteil durch Neuberufungen, Neuerrichtung oder Teilung von Lehrstühlen weiter vergrössern wird. Ebenso dürfte eine Existenz als Privatdozent bei den spärlichen Kolleggeldern und der Raumnot an fast allen Universitäten so gut wie unmöglich sein.

Wirksame, wenn auch nur provisorische Hilfe wäre jedoch im Augenblick durch Hilfskassen zu leisten, wie sie an den Universitäten Göttingen und Hamburg bereits bestehen. Am besten freilich wäre eine grössere Spendenaktion wissenschaftlicher Bücher, die solchen Hochschullehrern die Möglichkeit zum Zurückfinden in ihr Fachgebiet gäbe. So manche heute verschütteten Kenntnisse und Erfahrungen könnten damit für die Allgemeinheit wieder nutzbar gemacht werden.

J.